

Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 29.07.2014, 16:00 Uhr

Ort, Raum: Firma Popken Fashion Group, Am Waldrand 19, 26180 Rastede

Rastede, den 17.07.2014

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Hinweis: Vor der öffentlichen Sitzung findet um 15:00 Uhr eine Betriebsführung durch die Räumlichkeiten des Unternehmens Popken Fashion Group statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.03.2014
- TOP 4** Einwohnerfragestunde
- TOP 5** Breitbandausbau im Landkreis Ammerland
Vorlage: 2014/086
- TOP 6** Haushalt 2014 - Stand der Ausführung
Vorlage: 2014/130
- TOP 7** RPA; Zwischenbericht 2014 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse
Vorlage: 2014/088
- TOP 8** Haushalts 2010 - vorläufiger Abschluss 2010
Vorlage: 2014/132

TOP 9 Einwohnerfragestunde

TOP 10 Schließung der Sitzung

**Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2014/086**

freigegeben am 15.07.2014

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 19.05.2014**Breitbandausbau im Landkreis Ammerland****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	29.07.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.09.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Rastede beteiligt sich auf der Grundlage des Ausführungen der Anlage 1 an der Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke für einen nahezu flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung durch kommunale Fördermaßnahmen entsprechend der „Rahmenregelung der Bundesregierung zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA)-Breitbandversorgung“.
2. In den Haushaltsplänen für die Jahre 2015, 2016 und 2017 werden hierfür jeweils Aufwendungen in Höhe von 125.000 €eingeplant.
3. Für das Jahr 2014 wird ein Betrag in Höhe von 5.000 €als Anteil für die Strukturplanung zur Verfügung gestellt.

Sach- und Rechtslage:

Die Ammerländer Gemeinden, die Stadt Westerstede und der Landkreis Ammerland haben sich auf die nachstehende Vorlage des Landkreises Ammerland zur Beratung geeinigt.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit eine Vorstellung der erzielten Ergebnisse in ihren Gremien durchführen.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand werden 21 bis 22 Kabelverzweiger (KVZ) für Rastede neu zu errichten sein. Danach würden von bisher noch 2.290 Adressen (Gebäude) ohne FTTC (= schnelles Internet) zukünftig nur 40 den neuen Standard nicht in Anspruch nehmen können. Die verbliebenen 40 Adressen haben dann aber trotzdem den Zugang zu einem alternativen DSL-Netz. Lösungen für Gewerbegebiete sind hiervon unberührt.

Im Rahmen der gemeinsamen, landkreisweiten Planung für die Breitbandversorgung werden die nicht mit der hohen Leistung versorgten Bereiche ermittelt und dargestellt werden.

Die vom Landkreis erstellte Vorlage vom 16.04.2014 ist als Anlage 1 beigelegt.

Die kommunalen Spitzenverbände haben darauf hingewiesen, dass (wohl) ausschließlich die Landkreise Mittel für den Breitbandausbau erhalten sollen. Danach sollen bis zum Jahr 2020 möglichst alle Haushalte in Niedersachsen mit einem Breitbandanschluss für das schnelle Internet versorgt werden. Ziel ist eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 30 MBit/s.

Die Initiative zum schnellen Internet im Ammerland soll also nicht nur eine höhere Datengeschwindigkeit zur Verfügung stellen, sondern auch sehr viel früher als 2020 abgeschlossen sein. Dieses könnte im Wettbewerb der Landkreise und Kommunen einen deutlichen Standortvorteil mit sich bringen.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei dem zu erwartenden Planungshonorar in Höhe von ca. 110.000 € übernimmt der Landkreis Ammerland 50 %. Die verbleibenden 55.000 € werden entsprechend der Anzahl der geplanten Kabelverzweiger von den Kommunen getragen. Für die Gemeinde Rastede entsteht ein Anteil von ca. 5.000 €. Diese Mittel können aus der Kostenstelle Räumliche Planung zur Verfügung gestellt werden.

Für die Jahre 2015, 2016 und 2017 sind Mittel jeweils in Höhe von 125.000 € einzuplanen.

Anlagen:

Anlage 1 – Vorlage des Landkreises Ammerland

Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2014/130**

freigegeben am 17.07.2014

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 10.07.2014**Haushalt 2014 - Stand der Ausführung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	29.07.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	23.09.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:**Ergebnishaushalt**

Der Haushaltsausgleich für 2014 beinhaltet in Teilbereichen Ungewissheiten. Dies war vor allem dem Umstand geschuldet, dass die Kalkulation der Erträge der allgemeinen Deckungsmittel im Wesentlichen auf Orientierungsdaten des Landes basierten, wobei nicht klar war, inwieweit diese eintreten. Im Wesentlichen haben sich die Daten bis heute bestätigt. Im Bereich der Schlüsselzuweisungen war sogar, bedingt durch eine nachträgliche Korrektur des Einwohnerwertes sowie - erstmalig - des Grundbetrages nach Mitteilung durch die Landesverwaltung, noch eine Erhöhung eingetreten. Insgesamt haben sich hier Mehreinnahmen in Höhe von rund 154.000 Euro ergeben. Dem gegenüber stehen allerdings Mindererträge im Bereich der Konzessionsabgaben, da witterungsbedingt der Gasverbrauch gegenüber dem Jahr 2012 deutlich zurückgegangen ist.

Die Gewerbesteuer weist mit Stand vom 07.07.2014 ein Plus gegenüber der Haushaltsplanung in Höhe von rund 1,24 Mio. Euro auf, resultiert im Ergebnis aber ausschließlich aus einer Nachzahlung aus einem Bereich, der in der Vergangenheit nicht für derartige Nachzahlungshöhen bekannt war.

Unter Berücksichtigung der sofort anzupassenden Gewerbesteuerumlage ergibt sich deshalb heute nach aktuellen Planausführungen eine voraussichtliche Mehreinnahme in Höhe von rund 1,1 Mio. Euro. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, wird sich zeigen, ob und inwieweit dieses Zwischenergebnis auch zum Ende des Haushaltsjahres Bestand hat, der erfahrungsgemäß insbesondere im 4. Quartal des Jahres Abschlüsse der Vorauszahlungen oder aber Auswirkungen der endgültigen Steuerfestsetzung zu verzeichnen sind.

Zurzeit ist im Ergebnishaushalt festzustellen, dass 70 % der erwarteten Einnahmen realisiert sind.

Bei den Aufwendungen ist nach Ablauf von „50 % des Jahres“ ein Ausgabestand von 49 % der geplanten Aufwendungen erfolgt. Zu berücksichtigen ist hier beispielsweise, dass das 2. Halbjahr bedingt durch Sonderzahlungen im Personaletat etwas höher ausfällt. Gemessen daran ist deshalb die Ausgabesituation als „Punktlandung“ zu betrachten, was sicherlich auch der Akribie der Planungsphase des Vorjahres geschuldet ist.

Würden die aktuellen Ergebnisse für Aufwendungen und Erträge Bestand bis zum Jahresende behalten, würden sich die daraus resultierenden Mehreinnahmen auf den Umfang möglicher Kreditaufnahmen auswirken.

	2014		Abweichung
	Ansatz	Stand: 07.07.14	
Grundsteuer A	141.000	137.254,49	-3.746
Grundsteuer B	2.350.000	2.360.054,81	10.055
Gewerbesteuer	7.100.000	8.338.335,66	1.238.336
Einkommensteuerbeteiligung	6.900.000	6.900.000,00	0
Umsatzsteuerbeteiligung	540.000	540.000,00	0
Vergnügungssteuer	45.000	45.070,00	70
Hundsteuer	61.000	64.679,00	3.679
Schlüsselzuweisungen	3.969.000	4.123.501,00	154.501
Zuschuss übertragener WK	363.000	363.000,00	0
Summe	21.469.000,00	22.871.894,96	1.402.895

Gewerbesteuerumlage	1.581.000,00	1.855.952,13	274.952
Entschuldungsumlage	41.700,00	41.700,00	0
Kreisumlage für HHPlan	6.681.000,00	6.681.000,00	0
Summe	8.303.700,00	8.578.652,13	274.952

Saldo	13.165.300,00	14.293.242,83	1.127.943
--------------	----------------------	----------------------	-----------

Investitionshaushalt

Bei insgesamt geplanten Investitionen in Höhe von rund 12,53 Mio. Euro sind bis heute rund 4,9 Mio. Euro durch Zahlungen oder verpflichtende Aufträge gebunden worden. Dies entspricht einer Quote von rund 40 %.

Diese Entwicklung ist zum jetzigen Zeitpunkt eher als normal zu betrachten, da gerade witterungsabhängige Investitionen erst im Frühjahr beziehungsweise Anfang Sommer begonnen wurden und voraussichtlich erst zum Ende des 3. Quartals abgerechnet werden.

Die ausstehenden Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 und Vorjahren in Höhe von rund 6 Mio. Euro werden kontinuierlich abgebaut. Die Verwaltung will diesen Bereich bis zum Ende des Jahres deutlich minimieren. Nicht zuletzt deshalb sind auch einige Investitionsmaßnahmen des Jahres 2014 zurückgestellt worden (vgl. Vorlage 2014/042).

Daneben ergeben sich, bedingt durch Aktualisierungen von Kostenschätzungen oder dem Ergebnis von Ausschreibungen einerseits sowie der Fortschreibung von Haushaltsdaten anderer-

seits, Veränderungen, die sich natürlich auf das Ergebnis auswirken. Abgesehen von den Maßnahmen, die zurückgestellt worden sind und deshalb auch keine Aufwendungen verursachen können, sind andere Maßnahmen wie beispielsweise der notwendige Neubau einer neuen Erschließungsstraße im Bereich des Industriegebietes Liethe aufgenommen worden.

Die im vergangenen Jahr noch sehr kurzfristig in den Haushalt aufgenommene Beteiligung am Ausbau der Oldenburger Straße war deshalb erfolgt, weil von der Straßenbauverwaltung zunächst optimistischerweise angenommen wurde, dass die Baumaßnahme nicht nur schnell begonnen sondern auch vergleichsweise schnell zu Aufwendungen führen würde. Der aktuelle Stand der Planung zeigt, dass zwar mit dem Ausbau noch in einem ersten Teilabschnitt begonnen werden könnte. Aufwendungen werden allerdings nur in einem deutlich geringeren Umfang gegenüber der Veranschlagung 2014 kassenwirksam.

Alles in allem wird deshalb für den Investitionshaushalt davon ausgegangen, dass von den ursprünglichen Planansätzen bezogen auf verschiedene Maßnahmen bereits planmäßig Minderausgaben von gegen 1 Mio. Euro entstehen werden, was ebenfalls eine Absenkung der Kreditquote beinhalten würde.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachverhalt.

Anlagen:

Keine.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2014/088

freigegeben am **12.06.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 20.05.2014

RPA; Zwischenbericht 2014 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	29.07.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	23.09.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes 2014 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Es wird Bezug genommen auf die Sitzungsvorlage 2013/106 über den Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes für 2013.

Nach § 129 Abs. 1 Satz 1 NKomVG ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Gleichwohl liegen die Jahresabschlüsse für die Jahre 2010 bis einschließlich 2013 noch nicht vor. Allerdings hat die Verwaltung die politischen Gremien immer unverzüglich über das liquiditätsmäßige Abschlussergebnis (Finanzhaushalt) informiert.

Das beauftragte Rechnungsprüfungsamt (RPA) nimmt seinen Prüfungsauftrag nach § 155 NKomVG wahr und informiert die politischen Gremien der Gemeinde Rastede mit seinem zweiten Zwischenbericht, nunmehr für 2014, aus seiner Sicht über den Stand der Angelegenheit.

Der Zwischenbericht spricht für sich und deckt sich mit den Informationen, die die Verwaltung in der Vergangenheit gegeben hat. Folgendes ist aber zu ergänzen: Die Schwierigkeit der Aufholung der Jahresabschlüsse ist gleichermaßen bei allen Landkreismunicipalitäten und weit über die Kreisgrenzen hinaus nach wie vor vorhanden.

Konkret hinsichtlich der Abschlüsse stellt sich die Situation so dar, dass der Jahresabschluss 2009 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorliegt. Der Jahresabschluss für 2010 ist weitestgehend fertig.

In der Anlage nimmt die Verwaltung zum Zwischenbericht Stellung. Aus Sicht der Verwaltung ist darauf hinzuweisen, dass es dem Rechnungsprüfungsamt an eigener doppischer Erfahrung hinsichtlich des Tagesgeschäftes und der Erstellung von Jahresabschlüssen noch fehlt. Es ist ein Lernprozess, ebenso, wie er von den Verwaltungen durchlebt wurde. Aus diesem Grunde ist aus Sicht der Verwaltung eine richtige Einordnung, Gewichtung und Bewertung der vom RPA beschriebenen Situation geboten.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Anlage 2: Stellungnahme der Verwaltung zum Zwischenbericht

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2014/132

freigegeben am **17.07.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Frank Dudek

Datum: 14.07.2014

Haushalt 2010 - vorläufiger Abschluss

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	29.07.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	23.09.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der vorläufige Jahresabschluss 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Der Jahresabschluss 2010 ist für die Gemeinde Rastede der zweite Jahresabschluss nach doppelten Regeln im Entwurf fertig. Folgendes vorläufiges bilanzielles Ergebnis kann den politischen Gremien mitgeteilt werden:

Bilanz

Die Bilanzsumme ist um 4.626.941,70 Euro gestiegen.

Bilanz/ GuV-Position	Text Bilanz/GuV-Position	31.12.2009	31.12.2010	Absolute Abweichung *)	Relative Abweichung
AKTIVA / PASSIVA	SUMME A K T I V A / P A S S I V A	100.032.600,82	104.381.670,05	-4.626.941,70	4,4-

*) Minuswert = positive Entwicklung

Die für die Bilanzverlängerung verantwortlichen Vermögenspositionen verteilen sich über alle Vermögensarten, wie aus der nachfolgenden Aufstellung zu ersehen ist.

Bis auf zusätzliche Kassenmittel zum Stichtag in Höhe von 1,6 Mio. Euro ist die Wertsteigerung in langfristiges Sachvermögen geflossen.

Bilanz/ GuV-Position	Text Bilanz/GuV-Position	31.12.2009	31.12.2010	Absolute Abweichung	Relative Abweichung
A1.	Summe Immaterielles Vermögen	1.012.509,00	1.422.212,94	-409.703,94	28,8-
A2.2	Summe Grundstücke und grundstücksgleiche. Rechte	27.484.669,58	29.126.886,83	-1.642.217,25	5,6-

A2.7	Summe BGA, Pflanzen und Tiere	2.497.794,00	2.606.350,00	-108.556,00	4,2-
A2.8	Summe Vorräte	4.223.348,06	4.488.614,27	-265.266,21	5,9-
A2.9	Summe Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.975.359,51	6.080.621,04	-1.105.261,53	18,2-
A3.6	Summe Öffentlich-rechtliche Forderungen	402.044,33	575.297,29	-173.252,96	30,1-
A3.8	Summe Sonstige privatrechtliche Forderungen	57.917,24	334.798,88	-276.881,64	82,7-
A4.	Summe Liquide Mittel	3.847.913,91	5.461.032,39	-1.613.118,48	29,5-

*) Minuswert = positive Entwicklung

Die Finanzierung der Wertsteigerung der aktiven Vermögenswerte ist im Wesentlichen durch den liquiden Anteil des Jahresüberschusses der Ergebnisrechnung erfolgt. Darüber hinaus sind an der Finanzierung erhaltene Investitionszuweisungen und -zuschüsse, sowie erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten und Geldschulden (Kredite aus der Kreisschulbaukasse) beteiligt.

Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung entspricht weitestgehend der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung. Es sind in ihr alle liquiden und nichtliquiden finanzwirtschaftlichen Vorgänge berücksichtigt.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis Vorjahr - Euro -	Ergebnis Haushaltsjahr - Euro -	Ansatz Haushaltsjahr - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -
21. ordentliches Ergebnis	-2.640.557,60	-3.730.436,06	-405.173	3.325.263,00
24. außerordentliches Ergebnis	-33.525,61	192.529,49	0	-192.529,49
Jahresergebnis	-2.674.083,21	-3.537.906,57	405.173	3.132.733,51

*) Minuswert = positive Entwicklung

Das Ergebnis ist erfreulich positiv. Die Ursachen für dieses positive Ergebnis sind vielfältig über den gesamten Haushalt verteilt. Eine genauere Darstellung muss der endgültigen Beschlussfassung über das Jahresergebnis vorbehalten bleiben.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung umfasst alle liquiden finanzwirtschaftlichen Vorgänge, den laufenden Verwaltungsbetrieb, die Investitionen und die Finanzierung. Außerdem werden alle hauswirtschaftswirksamen Geldvorgänge (Durchlaufende Gelder) berücksichtigt.

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2009 - Euro -	Ergebnis 2010 - Euro -	Ansätze 2010 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.617.993,15	-3.448.176,31	-372.446	3.075.730,31
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	6.071.854,31	1.548.240,80	5.062.964	3.514.723,20
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.315.338,89	-233.815,15	-4.740.000	-4.506.184,85
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-198.125,61	567.856,55		-567.856,55
41. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Jahres	-8.430.942,70	-3.847.913,91		-3.847.913,91
42. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	-3.847.913,91	-5.413.808,02		-5.413.808,02

Zahlungsmittelfluss lt. vorstehender Finanzrechnung:	-1.565.894,11
Zahlungsmittelfluss lt. Bestandskonten:	-1.613.118,48
Differenz vorstehende Finanzrechnung zu den Bestandskonten:	47.224,37

*) Minuswert = positive Entwicklung

Der Liquiditätsüberschuss im Bereich „Laufende Verwaltungstätigkeit“ ist erfreulich positiv. Den erheblichen Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Jahres verantwortet nicht allein das Wirtschaftsergebnis 2010, sondern es sind im Wesentlichen die Summen des Wirtschaftsergebnisses 2010 („Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit“) und nicht zur Ausführung gekommener Investitionen („Saldo aus Investitionstätigkeit“), wobei unter Berücksichtigung des Kassenbestandes zu Beginn des Jahres (3.847.913,91 Euro) eine Kreditaufnahme in 2010 nicht erforderlich wurde. Von der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 4.740.000 Euro mussten nur 233.815,15 Euro (Kreisschulbaukasse) realisiert werden.

Vorbelastungen des Haushaltsjahres 2011, Haushaltsreste und Rückstellungen:

Der abschließende Kassenbestand in Höhe von 5.453.853,89 Euro ist ausreichend, um nicht-planerische Vorbelastungen für 2010 zu finanzieren; es verbleiben nach Abzug dieser Vorbelastungen 759.187,75 Euro liquide Mittel. Haushaltseinnahmereste mussten nicht gebildet werden.

Zusammenfassendes Ergebnis		Liquidität				Rückstellungen		Haushaltsausgaberrückstellungen	
						Ergebnis-haushalt	Finanz-haushalt;	Ergebnis-haushalt	Finanz-haushalt;
1.	Kassenbestand 31.12.2010	5.453.853,89		5.453.853,89					
2.	Vorbelastungen HHJahr 2010								
2.1	Einzelpositionen								
	- Ergebnis Bauhof								
	- nicht verbrauchte HHReste	entfällt *)							
	- Haushalts-unwirksame Zahlungen	79.969,28							
	- Bürgschaften	0,00							
	- Gewährleistungserträge	0,00							
	- kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00							
	- Spenden	0,00							
	- der Gemeinde gestundete Beträge	0,00							
	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00							
	- Sonstiges (zweck geb. Einnahmen)	0,00							
	Summe:	79.969,28	79.969,28						
2.2	Finanzhaushalt								
2.2.1	Laufende Verwaltung								
	- HHReste für im ab gelaufenen Jahr gebildete Rückstellungen, die im Folgejahr kassenwirksam werden	159.148,48				159.148,48			159.148,48
	- HHReste für in Vorjahren gebildete Rückstellungen, die im Folgejahr kassenw. werden.	1.606,50				1.606,50			1.606,50

	- HHReste	382.805,72						382.805,72	382.805,72
	Summe:	543.560,70	543.560,70						
			623.529,98	-623.529,98					
	Zwischenkassenbestand:			4.830.323,91					
2.2.2	Rückbehalt für Deckung Fehlbedarf/-betrag:	0,00		0,00					
				4.830.323,91	4.830.323,91				
2.2.3	Investitionen								
	- HHReste Rückst.	0,00					0,00		0,00
	- HHReste (mit und ohne Aufträge)	4.071.136,16							4.071.136,16
	- Spenden	0,00							
	- Anzahl. auf SoPo (ohne Abwasser)	0,00							
	- der Gemeinde gestundete Beträge	0,00							
	- Haushaltsvorgriffe (§ 117 Abs. 2 NKomVG) **)	0,00							0,00
	Summe:	4.071.136,16			-				
				4.071.136,16					
3.	Verbleibender Kassenbestand				759.187,75				
4.	abzüglich Sockelbetrag für Kasse								0,00
5.	Einsetzung für Kreditreduzierung (bei Minusbetrag = Haushaltseinnahmerest)				759.187,75				
6.	Summen:								
	- Rückstellungen					160.754,98	0,00		
						160.754,98			
	- Haushaltsreste (Der Gesamtbetrag beinhaltet auch die nicht erledigten Haushaltsreste aus 2010 und davor)							382.805,72	4.614.696,86
								4.997.502,58	

*) Nicht verbrauchte HHReste aus Vorjahren wurden neu angemeldet

**) Soweit eine Veranschlagung im neuen Jahr nicht und Finanzierung über Kassenbestand erfolgt

Hinweis: Hinsichtlich der Vorzeichendarstellung (Minus-Zeichen) bei Einnahmen im Rahmen der Haushaltsplanung und sonstigen Berichten wird auf Ausführungen im Rahmen der Sitzung verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

1. Vorläufige Bilanz
2. Vorläufige Ergebnisrechnung
3. Vorläufige Finanzrechnung